120. 1. Inwieweit können für den Thatbestand unerlaubten Besitzes von Sprengstoffen Irrtümer über den Umfang der erteilten polizeilichen Genehmigung oder über die Notwendigkeit solcher Genehmigung strafausschließend in Betracht kommen?

2. Bedingt es hierbei einen rechtlichen Unterschied, ob der fragliche Irrtum des Besitzers solcher Stoffe sich auf das Strafgesetz selbst bezieht, oder die auf Grund desselben erlassenen Ausführungsverordnungen betrifft?

Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884, §§. 1. 2. 9 (R.G.Bl. S. 61).

St.G.B. §. 59.

III. Straffenat. Urtr. v. 1. Oktober 1885 g. R. u. Gen. Rep. 2070/85.

I. Landgericht Plauen.

Aus den Gründen:

Die Revision der Angeklagten ist unbegründet.

Das angefochtene Urteil erachtet beide Angeklagte für überführt, im Besitze von Sprengstoffen betroffen worden zu sein, ohne eine polizeiliche Erlaubnis hierzu nachweisen zu können, und hat auf diesen Thatbestand ohne erkennbaren Rechtsirrtum §. 9 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 zur Anwendung gebracht. Was demgegenüber die Revisionschrift als Verletzung des §. 59 St.G.B.'s rügen zu können vermeint, läuft in seinen Ausführungen wesentlich nur auf eine un-

statthafte Bekämpfung und Bemängelung der tatsächlichen Beweiswürdigung hinaus. Zunächst ist unzweifelhaft und bedarf keiner weiteren Ausführung, daß §. 59 St.G.B.'s lediglich tatsächliche Irrtümer strafausschließend zum Gegenstande hat, Irrtümer aber, welche sich auf die Existenz oder die Bedeutung des Strafgesetzes selbst beziehen, keinen Strafausschließungsgrund bilden. Wenn nun ein Reichsgesetz, wie das hier in Frage stehende, in seinen §§. 1. 2. 9 Abs. 2 ausdrücklich auf zu seiner Ergänzung erforderliche Ausführungsverordnungen der Centralbehörden der Bundesstaaten, bezw. des Bundesrates verweist, auch von vornherein die Übertretung solcher Ausführungsverordnungen unter Strafe stellt, so kann ebensowenig zweifelhaft sein, daß diese innerhalb der reichsgesetzlichen Grenzen erlassenen Ausführungsverordnungen für den Strafrichter genau dieselbe Kraft und Bedeutung besitzen, wie das Reichsgesetz selbst. Was daher die Beschwerdeführer zu Gunsten ihnen vermeintlich zu statten kommender Irrtümer über den Sinn der königl. sächsischen Ausführungsverordnung vom 8. August 1884 geltend zu machen versuchen, ist an sich vom Gesichtspunkte des §. 59 St.G.B.'s aus haltlos und vorliegenden Falles um so offensichtlicher verfehlt, als weder eine Übertretung der fraglichen Ausführungsverordnung im besonderen, noch auch irgend ein speziell diese Verordnung, unabhängig vom Reichsgesetze selbst, betreffendes Mißverständnis in Frage steht.

Beide Angeklagten hatten den Einwand erhoben, sie seien auf Grund der dem Sch. erteilten amtshauptmannschaftlichen Bescheinigung vom 6. November 1884 des Glaubens gewesen, ihnen, bezw. dem Sch., sei hierdurch die polizeiliche Genehmigung zum Besitze von Dynamit erteilt. Das Urteil erkennt an, daß, wenn die Angeklagten, gleichviel auf Grund welchen Mißverständnisses, wirklich in solchem Irrtume befangen gewesen wären, dieser tatsächliche Irrtum ihre Schuld befeitigen würde. Nun wird aber vom Instanzgerichte erwogen und tatsächlich festgestellt, daß Sch. ausdrücklich nur um die Erlaubnis zur Führung von Sprengpulver eingekommen war, daß daraufhin die vorerwähnte Genehmigung sich auch nur auf den Besitz von Sprengpulver beschränkt hatte, daß dieser objektive, den Dynamit nicht mitumfassende Inhalt der Bescheinigung vom 6. November 1884 beiden Angeklagten wohlbekannt, ihnen daher auch vollkommen bewußt war, eine polizeiliche Genehmigung zum Besitze von Dynamit nicht erhalten zu haben. Diese Erwägung und die in ihr enthaltene Schlußfolgerung

bewegt sich rein auf thatsächlichem Boden, entzieht sich als solche dem Revisionsangriffe und rechtfertigt unbedenklich die Verwerfung der auf §. 59 St.G.B.'s gestützten Einrede. So scheitert ohne weiteres die ganze Ausführung des Angeklagten R., er habe die Äußerungen des Zeugen G. über die Notwendigkeit einer speziellen Erlaubnis für Dynamit nicht auf sich, sondern auf Sch. beziehen können, an der positiven Feststellung der Urteilsgründe: „seine Kenntnis von dem Umstande, daß die von ihm produzierte Bescheinigung ihn zur Inbesitznahme von Dynamit nicht legitimiere, muß als feststehend angesehen werden“. Ebenso belanglos sind die Ausführungen zu Gunsten des Angeklagten Sch. darüber, ob die in den Urteilsgründen erörterten Beweismomente die Folgerung rechtfertigen, auch dieser Angeklagte habe die ausdrückliche Beschränkung der ihm erteilten polizeilichen Genehmigung auf Sprengpulver, ihre Nichtausdehnung auf Dynamit, gekannt. Einer Widerlegung dieser Deduktionen bedarf es nicht. Wenn aber beide Angeklagten nicht mehr darüber, was behördlicherseits thatsächlich genehmigt und was nicht genehmigt worden, sondern darüber, ob sie überhaupt für den Besitz von Sprengstoff in Gestalt von Dynamit einer polizeilichen Genehmigung bedürften, sich in irgend einem Irrtume befunden haben, so würde ein derartiger Irrtum zweifellos ausschließlich die in den §§. 1. 2. 9 des Gesetzes vom 9. Juni 1884 enthaltene Strafnorm, d. h. das Strafgesetz selbst und nicht mehr irgend welche zum gesetzlichen Thatbestande gehörende Thatumstände betreffen.